

Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ... 10/21

25.06.2021



Mit einer Plenardebatte ist die Arbeit im Wirecard-Untersuchungsausschuss heute offiziell abgeschlossen worden (siehe Seite 2). Matthias Hauer MdB sprach dazu als erster Redner der Union. © Thomas Imo/ phototek

Klimaziele neu und klarer definiert

Deutschland will bis zum Jahr 2045 klimaneutral werden. Dafür hat der Bundestag am Donnerstag das Bundes-Klimaschutzgesetz geändert. Darin werden die Klimaziele neu festgelegt. Bis zum Jahr 2030 sollen die Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 um 65 Prozent (bisher 55 Prozent) reduziert werden. Für das Jahr 2040 gilt ein Einsparziel von 88 Prozent. Deutsche und europäische Klimaschutzpolitik sollen zudem enger verzahnt werden. Mit der Gesetzesänderung reagiert der Bund auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Bundes-Klimaschutzgesetz von Ende April. „Wir sehen das Klimaschutzgesetz als eine Art Generationenvertrag“, sagt Matthias Hauer MdB. „Wir wollen erreichen, dass die Klimaschutzlasten angemessen verteilt und konkretisiert werden, damit die Klimaziele erreicht werden können.“ Grünes Licht hat das Parlament in dieser Woche auch für die Carbon-Leakage-Verordnung zum Brennstoffemissionshandelsgesetz gegeben. Mit ihr werden Unternehmen, die in einer besonderen internationalen Wettbewerbssituation stehen, bei den Kosten aus dem nationalen Emissionshandel entlastet. „Damit wollen wir Arbeitsplätze in Deutschland sichern und verhindern, dass die Produktion ins Ausland verlagert wird“, so Matthias Hauer.

Feindeslisten und Cyberstalking werden strafbar

Mit mehreren Änderungen im Strafgesetzbuch will der Deutsche Bundestag die Verrohung im Netz bekämpfen: So wird beim Stalking die Strafbarkeitsschwelle gesenkt. Auch „Cyberstalking“ wird erfasst. Beim „Cyberstalking“ werden die Opfer durch Stalking-Apps ausgespäht. Täter können so unbefugt auf E-Mail- oder Social-Media-Konten sowie Bewegungsdaten von Opfern zugreifen und deren Sozialleben ausspähen. Zudem sind nun auch sogenannte „Feindeslisten“ strafbar. Das sind Sammlungen von Adressdaten und Informationen über persönliche Umstände oder Fotos, die – vorwiegend im Internet – verbreitet und zum Teil mit ausdrücklichen oder auch subtilen Drohungen verbunden werden. Damit nehmen zumeist Rechtsextreme ihre Gegner ins Visier.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Essenerinnen und Essener!

Die letzte Sitzungswoche in dieser Wahlperiode liegt hinter uns. Im Untersuchungsausschuss Wirecard haben wir die Aufklärung zum Ziel gebracht: In der heutigen Abschlussdebatte im Plenum habe ich die politische Verantwortung von Olaf Scholz deutlich benannt. Näheres zum über 2.000-seitigen Abschlussbericht, den wir am Dienstag dem Bundestagspräsidenten übergeben haben, lesen Sie auf Seite 2.

Auch in diesem Sommer werde ich im Rahmen meiner Mittelstandstour Betriebe in Essen besuchen. Vom kleinen Handwerksbetrieb bis hin zum großen Mittelständler: Bis Ende August stehe ich sehr gerne für Gespräche vor Ort zur Verfügung – natürlich unter Beachtung der Hygieneregeln. Interessierte Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Mitarbeitervertreter können gerne einen Termin vereinbaren (siehe Kontakt Seite 4). Zudem freue ich mich schon auf die hoffentlich vielen Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern, die nun – besonders im Freien – wieder besser möglich sind. Wenn Sie ein Anliegen haben, kommen Sie gerne auf mich zu!

Am kommenden Montag stehe ich bei „Mittags mit Matthias“ wieder um 12 Uhr Rede und Antwort – live auf Facebook und Instagram. Schalten Sie gerne ein!

Ihr

Matthias Hauer



Berlin



Vor der Bundespressekonferenz ziehen Matthias Hauer MdB und seine Fraktionskollegen ein Fazit aus knapp neun Monaten Arbeit im Wirecard-Untersuchungsausschuss. © Florian Gaertner/ phototek

Wirecard: Union sieht Verantwortung bei Scholz

Am Dienstag hat die Unionsfraktion vor der Bundespressekonferenz ihr Fazit zur Arbeit des Wirecard-Untersuchungsausschusses präsentiert. „Der Wirecard-Skandal ist ein Kriminalfall. Er ist ein Zeugnis des Versagens der Abschlussprüfer. Und er offenbart ein multiples Aufsichtsversagen unter den Augen des Bundesfinanzministeriums“, resümierte Matthias Hauer MdB, der in den vergangenen Monaten als Obmann für die Union im Ausschuss gearbeitet hat. Die Finanzaufsicht BaFin hätte jahrelang weggeschaut – trotz hinreichender Hinweise auf Unregelmäßigkeiten. Durch ein Leerverkaufsverbot sowie Anzeigen gegen Journalisten, die über Unstimmigkeiten in den Bilanzen von Wirecard berichtet hatten, suggerierte die BaFin dem Markt und den Anlegern, bei Wirecard wäre alles in Ordnung. „Die Rechts- und Fachaufsicht über die BaFin liegen beim Bundesfinanzminister, der spätestens beim Leerverkaufsverbot hätte eingreifen müssen“, erklärte Matthias Hauer. Dass er und der zuständige Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Jörg Kukies, jahrelang untätig blieben, sieht der Essener Abgeordnete als größtes politisches Versagen im Wirecard-Skandal und forderte mit der Freistellung des Staatssekretärs auch personelle Konsequenzen.

Untersuchungsausschuss



Übergabe des Ausschussberichts © Henning Schacht

Finale im Fall Wirecard

Nach knapp neun Monaten intensiver Aufklärungsarbeit hat der Wirecard-Untersuchungsausschuss an diesem Freitag sein Finale erreicht. Als Obmann der Unionsfraktion hielt Matthias Hauer MdB dazu eine Rede im Plenum des Deutschen Bundestages. Am Dienstag zuvor hatten die Ausschussmitglieder den Bericht über die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses an Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble übergeben (Foto). „Im Fall Wirecard haben Finanzaufsicht und Abschlussprüfer eklatant versagt“, betont Matthias Hauer. Mit dem Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz, das der Deutsche Bundestag am 20. Mai verabschiedet hat, wurden daraus gesetzgeberisch Konsequenzen gezogen. Auf Drängen der Union wurden dabei u.a. die Voraussetzungen für eine Bilanzkontrolle aus einer Hand mit klaren Kompetenzen geschaffen.



Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem Besuch im vergangenen Sommer in Essen. Armin Laschet bewirbt sich um ihre Nachfolge. © Bundesregierung/ Henning Schacht

Regierungserklärung der Kanzlerin

Zum voraussichtlich letzten Mal in ihrer Amtszeit hat Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag eine Regierungserklärung abgegeben. Anlass war der EU-Gipfel, der noch am selben Tag begann. Dabei sprach sich die CDU-Politikerin erneut gegen eine Freigabe der Patente für Corona-Impfstoffe aus. Ärmere Länder sollten stattdessen durch eine stärkere Lizenzvergabe in der Produktion von Impfstoffen unterstützt werden. „Die Entwicklung von Impfstoffen wird auch in Zukunft nur gelingen, wenn der Schutz geistigen Eigentums gewahrt bleibt“, betonte sie. Von der EU forderte Merkel, die gemeinsame Handlungsfähigkeit zu stärken. Zudem forderte sie weitere Milliardenhilfen für die Versorgung der Flüchtlinge in der Türkei sowie eine europäische Strategie für das Verhältnis zu Russland. In der anschließenden Debatte kamen auch die Kandidaten für ihre Nachfolge, Armin Laschet (CDU), Annalena Baerbock (Grüne) und Olaf Scholz (SPD) zu Wort.

Essen



Kinder der Kita St. Barbara und die Kita-Leitung Martina Reinecke mit Matthias Hauer vor dem selbst gebastelten Pferdestall

Tag der kleinen Forscher: „Papier, das fetzt!“

Was kann man alles aus Altpapier herstellen? Das haben sich die Kinder der Kindertagesstätte St. Barbara Essen-Kupferdreh gefragt und daraus neben Wurf- und Fangspielen auch Geschicklichkeits- und Legespiele gebastelt. Anlass war der „Tag der kleinen Forscher“ – ein deutschlandweiter Mitmachtag für frühe naturwissenschaftliche und technische Bildung. Unter dem Motto „Papier, das fetzt!“ fand der Aktionstag am 16. Juni statt. Matthias Hauer MdB hatte den „Tag der kleinen Forscher“ in diesem Jahr mit Materialspenden für Experimente unterstützt. Gemeldet auf sein Angebot hatten sich neben der Einrichtung in Byfang weitere Kitas und Grundschulen aus Werden, Altendorf, Frohnhausen und Horst. Sie alle konnten sich jeweils über 150 Euro freuen und haben tolle Projekte auf die Beine gestellt.

Gruga: Wieder Konzerte möglich

Matthias Hauer MdB hat am 13. Juni das Konzert des Schönebecker Jugend-Blasorchesters (SJB) im Musikpavillon des Grugaparks besucht. Eingeladen hatten ihn der Förderkreis-Vorsitzende Marcus Freitag und Dirigent Constantin Hesselmann. „Endlich sind wieder Veranstaltungen möglich. Vielen Dank für die Einladung, es war ein tolles Konzert“, freut sich der Essener Abgeordnete. In der Gruga hat das Jugend-Blasorchester ein breit gefächertes Repertoire von Filmmusiken über Queen bis hin zur Neuen Deutschen Welle präsentiert. Der Auftritt in der Gruga war das erste Konzert des SJB in diesem Jahr. Die jungen Essener Musikerinnen und Musiker des SJB hatten den Bundestagsabgeordneten vor Ausbruch der Pandemie im Bundestag besucht.



Matthias Hauer mit Marcus Freitag (l.) und Constantin Hesselmann im Musikpavillon der Gruga



Die Klasse 9 D der B.M.V.-Schule hatte den Essener Abgeordneten zum Gespräch nach Holsterhausen eingeladen.

Diskussion in der B.M.V.-Schule

Am 14. Juni hat Matthias Hauer MdB die B.M.V.-Schule in Holsterhausen besucht. Der Bundestagsabgeordnete sprach über seinen politischen Alltag, die Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie und die Aufgaben des Bundestages. „Herzlichen Dank für die Einladung und für die interessante Diskussion“, sagt der Essener Abgeordnete. Die Schülerinnen und Schüler haben viele Fragen gestellt: Von der Wahlrechtsreform über die „Ehe für alle“ bis hin zu Deutschlands Rolle in der Welt. „Wenn auch Sie ein Gespräch zu aktuellen politischen Themen mit mir führen möchten, kommen Sie gerne auf mich zu. Ob Schulklasse, Sportverein oder andere Gruppe, ich freue mich auf den Dialog“, so Matthias Hauer. Über die Kontaktdaten auf Seite 4 können die Termine vereinbart werden.

Marsch der Industriekultur: Spendenlauf für einen guten Zweck



Am 19. Juni hat Matthias Hauer MdB den fünften Marsch der Industriekultur, auch Ruhrpottmarsch genannt, besucht. Dazu sind viele Soldatinnen und Soldaten nach Essen gekommen, um zu Gunsten der Ronald McDonald's Kinderhilfe e.V. an dem Spendenlauf teilzunehmen. „Unsere Soldatinnen und Soldaten verdienen unsere Wertschätzung. Sie gehören sichtbar in die Mitte der Gesellschaft“, so Matthias Hauer. Eingeladen wurde er von Organisator Christian Reger (Bild links, Mitte). © Uwe Klein

Kontakt



Büro Berlin

Deutscher Bundestag
Matthias Hauer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169
Fax: 030 227 76169

Unterstützen mich in Berlin (v.l.): Alexandra Zins,
Cornelius Gerster, Dirk Stahns und Katrin Arnholz
© Deutscher Bundestag/ Inga Haar



Büro Essen

Matthias Hauer MdB
Blücherstr. 1
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100
Fax: 0201 545 46101

Unterstützen mich in Essen (v.l.): Britta Kremer,
Najma Yari und Felix Paul. © Renate Debus-Gohl

E-Mail: matthias.hauer@bundestag.de

Facebook: facebook.com/matthiashauer.cdu

Instagram: instagram.com/matthias.hauer.mdb

Twitter: twitter.com/MatthiasHauer

Internet: matthias-hauer.de

